

KREIS LIPPE

Guten Morgen

Hoher Besuch

Im Homeoffice ist man ja so manchen Anblick vor der Tür gewohnt: rangierende Müllwagen, streitende Nachbarn, schreiende Kinder, etc. Und nun das: Ein Konvoi schwarzer Limousinen biegt in die kleine Vorort-Straße ein. Hoher Besuch! Der Präsident vielleicht? Es folgt ein – ebenfalls schwarzer – Bulli. Und an seinen Türen: weiße Schleifen! Eine Hochzeit! Auch schön. Der Konvoi biegt auf den Parkplatz des Restaurants ein, die Türen öffnen sich, Männer im Anzug, Frauen in kurzen Kleidern und Pumps (bei 2 Grad!) steigen aus. Dann der Bräutigam, der seiner Frau aus dem Bulli hilft. Gespannt auf ein pompöses weißes Kleid (wozu sonst der Bulli) wird am Fenster ausgeharrt. Und dann das: Die Braut trägt Rosé in kurz – aber immerhin hübsch. Und warum der Bulli? Na klar, für die Geschenke! (cbr)

Haben auch Sie eine gute Nachricht? Schreiben Sie eine E-Mail an redaktion@lz.de

Opfer bleibt Aussage fern

Detmold (jk). Durch „markerschütternde Schreie“ sollen zwei Handwerker im September 2022 auf ein Sexualdelikt im Keller eines Gebäudes an der Paulinenstraße aufmerksam geworden und der Frau zur Hilfe geeilt sein. Das sagen beide am Montag als Zeugen vor Gericht aus, berichtet Landgerichtssprecher Dr. Wolfram Wormuth im Anschluss der Sitzung. Zu einem Urteil kommt es trotzdem nicht. „Die Geschädigte ist zum Termin nicht erschienen“, sagt Wormuth. „Ohne Hauptbelastungszeugin kommt die Kammer natürlich nicht weiter.“

Dabei geht es in der Sache um schwere Vorwürfe, weshalb sich ein 26-jähriger Mann aus Unna nun wegen versuchter Vergewaltigung vor dem Landgericht verantworten muss. Er soll die betroffene 29-Jährige in den Keller eines Gebäudes geführt, sie am Arm gepackt und dann versucht haben, sie zu vergewaltigen. Nach Angaben des Gerichts soll sich die Detmolderin mit Händen und Füßen gewehrt, der mutmaßliche Täter aber nicht von ihr abgelassen haben. Als die junge Frau gestürzt sei, soll der Angeklagte sich auf sie gesetzt haben und versucht haben, sie zum Oralverkehr zu zwingen.

Die zwei als Zeugen geladenen Handwerker gaben laut Dr. Wolfram Wormuth vor Gericht an, dass der mutmaßliche Angreifer bei ihrer Ankunft sofort geflüchtet sei. „Sie haben wohl noch versucht, ihn in einem Kellerraum einzusperren, er soll dann aber über ein Oberlicht geflüchtet sein“, sagt der Landgerichtssprecher.

Die mutmaßliche Geschädigte hat laut Anklage von dem Übergriff Kratzer im Gesicht, an den Fingern und blaue Flecke am ganzen Körper gehabt. Sie soll drogenabhängig sein, weshalb es für die Kammer nicht ganz überraschend gewesen sei, dass die wichtige Zeugin nicht erschienen sei. Am 17. März soll es einen weiteren Prozesstermin geben.

Martin Hostert

Kreis Lippe. Die Städte, Kreise und Gemeinden in NRW fordern, die Finanzierung der Schulen neu zu ordnen. „Die Anforderungen an moderne Schulen haben sich seit vielen Jahren deutlich geändert. Den neuen Aufgaben folgte aber nie eine verlässliche Finanzierung“, sagen die kommunalen Spitzenverbände. Die lippischen Bürgermeister schließen sich dieser Ansicht an: „Das derzeitige System ist überholt“, stimmt ihr stellvertretender Sprecher Jörg Bierwirth (Schieder-Schwalenberg) zu.

Das System ist so: Das Land finanziert die pädagogische Arbeit der Lehrer, die „inneren Schulangelegenheiten“. Die Kommunen müssen für die Rahmenbedingungen, also die Gebäude und Infrastruktur, sorgen. Bierwirth sagt, diese Trennung sei so scharf nicht mehr möglich, die Grenzen haben sich verwischt: „Nehmen wir mal das Beispiel Digitalisierung. Wo ist da die Hülle, wo sind die Inhalte?“, fragt er, und die Spitzenverbände fassen zusammen: „Inzwischen müssen die Kommunen als Schulträger wichtige Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung, Ganztagsausbau, Schulsozialarbeit, Integration oder Inklusion stemmen.“ Früher habe sich die Finanzierung auf den Bau der Schulen und den Kauf von Tafeln und Kreide beschränkt. „Das hat sich grundlegend verändert, aber wir bezahlen unsere Schulen noch immer nach einer Logik aus den 50er Jahren.“

Das Land müsse jetzt mit einem Gutachten die Basis für eine faire und zukunftsfähige Reform legen, fordern daher die Oberbürgermeister Thomas Kufen (StädteTag), Landrat Thomas Hendele (LandkreisTag) und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Städte- und Gemeindebund). „Die Kommunen brauchen ein dauerhaft tragfähiges und verlässliches Finanzierungssystem.“



Muss die Gemeinde bezahlen: Arbeiten an den Parkplätzen der Augustdorfer Grundschule „In der Senne“ im November 2021.

Archivfoto: Jost Wolf

Statt dessen legten Bund und Land lediglich hin und wieder einzelne Förderprogramme auf, die aber keine langfristige Planungssicherheit böten und in der Regel sehr bürokratisch seien. Auch hier stimmt Bierwirth zu: „Das Zuschusswesen ist kompliziert, hilfreicher wäre eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen.“ Noch komplizierter werde es in Sachen Förderschulen: Lügde, Schieder-Schwalenberg und Blomberg teilen sich die Kosten für den Betrieb der Pestalozzischule, obwohl nicht mal die Hälfte der Kinder aus den drei Städten kommen. Noch ein Argument für eine grundsätzliche Reform.

Die vom Land eingesetzte „Transparenzkommission“ habe schon 2021 festgestellt, dass der zusätzliche Finanzbedarf bisher nicht befriedigend geregelt worden sei, stellen die Spitzenverbände fest. Befristete Programme oder Anschubfinanzierungen seien keine passenden Instrumente für Daueraufgaben. Zunächst geht es nun, den Status quo zu untersuchen und die Finanzströme, Finanzierungsquellen und Finanzierungsbedarfe systematisch zu erfassen. „Ein Gutachten ist ein unverzichtbarer erster Schritt, um voranzukommen“, sagen die Spitzenverbände. Sie begrüßen, dass der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen eine grund-

legende Neubewertung der Schulfinanzierung vorsehe. Jetzt müssten Taten folgen. Die „Programmchenpolitik“ müsse durch klare Strukturen ersetzt werden. Welchen Anteil zahlen die Gemeinden, welchen das Land? Spielen Bundesmittel eine Rolle?

Dies erwartet auch die SPD. „Die kommunalen Spitzenverbände beziehen sich, auch wenn sie nur Schwarz-Grün erwähnen, auf unseren Antrag. Es darf eben nicht mehr vom Wohnort abhängen, wie gut Schulen ausgestattet sind“, betont der lippische Landtagsabgeordnete Dr. Dennis Maelzer. Seine Fraktion habe einen „New Deal“ im September ins Plenum einge-

bracht, seitdem seien Experten gehört worden. Am 15. März werde im Schulausschuss weiter diskutiert.

Maelzer stimmt zu: „Unser Bildungssystem hat sich zuletzt immer wieder verändert. Die Corona-Pandemie, Digitalisierung, der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, Inklusion – das alles hat einen Einfluss darauf, wie der Schulalltag stattfindet. Trotz der großen Veränderungen hat sich aber eins nicht geändert: die Finanzierung.“ Seit Jahren liege NRW bei den Bildungsausgaben auf den letzten Rängen.

Sie erreichen den Autor unter mhostert@lz.de



Abschied nehmen von Prinzessin Traute

Detmold (jk). Das Kondolenzbuch im Kassenhäuschen des Residenzschlosses ist an diesem Wochenende schon zur Hälfte gefüllt gewesen. Im Kerzenschein können Lipperinnen und Lipper hier ihre Anteilnahme am Tod von Dr. Traute Prinzessin zur Lippe ausdrücken. Ein kleiner Tisch, eine brennende Ker-

ze samt Trauerkarten und ein Foto der lächelnden Prinzessin – mehr braucht es nicht, um einen Moment innezuhalten und sich von einer der prägendsten Personen dieser Stadt zu verabschieden. Wenige Meter entfernt in der Kapelle des Schlosshofes können Lipperinnen und Lipper noch bis ein-

schließlich Mittwoch von 10 bis 15 Uhr persönlich Abschied nehmen. Die Detmolder Schützen halten abwechselnd Totenwache. Die Zeremonie zur Beerdigung findet am Freitag, 10. März, um 13 Uhr in der Christuskirche statt. Das Fürstenhaus erwartet etwa 400 geladene Gäste.

Seite 11

„Ein starkes Zeichen an die Betroffenen“

SPD-Familienpolitiker wollen Aufarbeitung der Verschickungskinder voranbringen.

Kreis Lippe. Die familienpolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen wollen die „Verschickungskinder“ bei der Aufarbeitung des Leids unterstützen, das ihnen von 1950 bis in die 1990er Jahre hinein in sogenannten Kinderkuren widerfahren ist. Das haben die Fachpolitiker laut SPD-Pressemitteilung auf Initiative des Detmolder Landtagsabgeordneten Dennis Maelzer bei einem Arbeitstreffen in Magdeburg beschlossen.

Seit 2020 bemüht Maelzer sich, die Aufarbeitung voranzutreiben und Licht in ein bislang wenig erforschtes, dunkles Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte zu bringen. Während in NRW bereits erste Schritte dazu unternommen worden seien, stehen andere Bundesländer und der Bund damit noch am Anfang. Zahlreiche Kinder hätten im

Zuge der Verschickung unvorstellbares Leid erfahren, das bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet worden sei. Man begrüßen daher, dass das Bundesfamilienministerium den Austausch in der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden suchen wolle. „Wir wollen einen gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung unter Einbeziehung der Betroffenen voranbringen, um das Leid der ehemaligen Verschickungskinder anzuerkennen und sichtbar zu machen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Er sei sehr froh über dieses Signal an die Betroffenen, sagt Maelzer. Die Verschickungskinder litten unter der wochenlangen Trennung von den Eltern, unter erniedrigenden Erziehungsmaßnahmen, psychischen und physischen Misshandlungen.